

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postamt: Tagesblatt Riesa,
Gerastr. Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkassamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonton: Dresden 1599
Circulass Riesa Nr. 52.

Nr. 206.

Dienstag, 4. September 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1. bis 7. September 1000 000 Mark einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 150 000.— Mk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Besondere Rabatte erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontants gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Nachdem der Gemeinderat in Gröba infolge Verzug von Gröba aus der Bezirksversammlung ausgeschlossen ist, hat der Bezirksausschuß gemäß § 18 der Ausführungsverordnung vom 12. Juli 1919 zu dem Gesetz über die Wahlen zu den Bezirksversammlungen vom 5. Juli 1919

den Arbeiter Emil Lungwitz in Weida als Ersatzmann einberufen.
Großenhain, am 31. August 1923. 892 A. Amtshauptmannschaft.
Als Selbstbehalt für die Bezirksstrafenwahlen wird künftig der Wert von 25 Hb. Roggen für die Gemeinden } für je einen Tag
von 50 Hb. Roggen für Private }
festgesetzt. Bei Barauszahlung dieser Werte wird der Roggenpreis an der Großenhainer Produktenbörse am Tage der Zahlung beim Amtshauptmannamt anzuwenden.
Großenhain, am 3. September 1923. 841 A. Amtshauptmannschaft.
Seite 162 des Güterrechtsregisters ist heute eingetragen worden: Fabrikdirektor Paul Weber in Gröba und dessen Ehefrau Katharina Maria Regina geb. Weicker betr.: Durch Vertrag vom 23. August 1923 ist Gütertrennung vereinbart worden.
Amtsgericht Riesa, den 3. September 1923.

Kartoffelversorgung in Gröba.

Die Kartoffeln unseres Rittergutes Werzdorf sollen in diesem Jahre in erster Linie an unbedemittelte Gröbaer Einwohner zu einem möglichst niedrigen Preise verkauft werden, der aber selbstverständlich die hohen Produktionskosten decken muß. Als unbedemittelte gelten Sozial- und Kleinrentner, Einkommenslose, Erwerbslose und Personen mit niedrigerem Einkommen, die für mehr als 3 Kinder zu sorgen haben. Bestellungen werden im Gemeindeamt, Zimmer 12, entgegengenommen.
von den Einwohnern südlich des Hafens am Mittwoch, den 5. 9. 1923,
von den Einwohnern nördlich des Hafens am Donnerstag, den 6. 9. 1923,
vormittags von 7-11 Uhr.
Der Preis der Kartoffeln steht noch nicht fest. Anzahlungen werden schon jetzt in der Gemeindekasse entgegengenommen.
Gröba (Elbe), am 3. September 1923. Der Gemeindevorstand.

Das Erdbeben-Unglück in Japan.

200 000 Menschen ums Leben gekommen.

Das Erdbeben in Japan, das das furchtbarste seit 20 Jahren ist, hat außer in Yokohama besonders in Tokio, Kani und Ito gewüthet. Es soll sich um ein Erd- und Seebeben gehandelt haben, das sechs Minuten gedauert hat. Yokohama und Tokio mit Ausnahme weniger Viertel setzen große Flammenmeer, in deren Straßen die Leichen bei Anbruch des Tages bereits in Haufen infolge des Einkurses von zahlreichen Umstehenden und Geschäftshäusern gelegen haben. Der Kaiserliche Palast in Tokio stand in Flammen. Die Wasserleitungen und Beleuchtungsanlagen der Stadt sind zerstört. Die Mehrzahl der Gebäude ist verbrannt. Das Feuer brach an verschiedenen Stellen gleichzeitig aus und dehnte sich mit rasender Schnelligkeit auf die Straße und die Vororte aus.
Nach einer Havasmeldung aus Osaka ist der kaiserliche Palast in Osaka gerettet; er ist nur teilweise beschädigt. Die Stadt Tokio ist verheerlich mit Ausnahme zweier Stadtviertel, die weniger gelitten haben. Alle maßvollen Gebäude sind eingestürzt. Enoshima, eine heilige Insel und ein Ausflugsort, sowie Hamakusa sind überflutet. Aus dem Vulkan auf Enoshima strömt noch immer Rauch. Ein Flieger, der die Stadt Tokio überflog, teilt mit, es sei ihm infolge der Feuersbrunst und des Rauchs schwer geworden, in einer Höhe zu fliegen, die es ihm gestattet hätte, Beobachtungen zu machen. Von den diplomatischen Vertretungen in Tokio ist man ohne Nachricht. In Yokohama sind ein Bank und das Grand Hotel eingestürzt. Der Schaden, der an den Gebäuden der Fremdenkolonien angerichtet wurde, ist sehr bedeutend. Die Zahl der Toten in Yokohama allein belief sich auf ungefähr 100 000.

London, 3. September. Zur Erdbebenkatastrophe in Japan wird weiter gemeldet: Eine Reihe von Vulkanen ist in lebhafter Tätigkeit. Gestern um 9 Uhr ereigneten sich in Yokohama mehrere weitere Erdbeben. Folgende Städte sind, wie berichtet wird, teilweise oder fast vollkommen vom Erdbeben oder durch Feuersbrunst zerstört: Tokio, Yokohama, Fujiwara, Choshi, Kofu, Maifusa, Kanda, Honda, Schikawana, Atmi, Setomaba und Sakone. Insbesondere ist das ganze Land von 5 Kilometer nördlich Osaka und Kobe bis nach Sendai im Norden heimelicht worden. Die letzte Verlustschätzung gab die Zahl der Toten in Tokio und Yokohama auf 200 000 an. Tokio brennt noch immer. Der hier angerichtete Schaden ist so ausgedehnt, daß die Regierung zeitweilig nach Osaka oder Kyoto überziehen dürfte. Die Häuser in Tokio und Yokohama sind entweder vollkommen zerstört oder beschädigt. Durch die Explosion des Arsenal in Tokio wurden mehrere tausend Menschen getötet. Außerdem kamen ums Leben 8000 Arbeiter durch den Einsturz des Fugo- und 600 Menschen durch den Einsturz des Sakaofenbahnhofs.

Nach Berichten eines Augenzeugen kürzten in Tokio die Gebäude wie Kartenhäuser ein, und die Stadt als einem Flammenmeer; eine Explosion nach der anderen erfolgte, während Schreie des Entsetzens die Luft erfüllten. Was das Erdbeben und das Feuer unzerstört liegen, wurde von der Sturmflut weggeschwemmt. Wie gemeldet, sind das japanische Außenministerium, das Finanzministerium und das Erziehungsamt sowie die Bureaubäude der Bank von Japan durch das Feuer zerstört worden. Das kaiserliche Palais, das nur zum Teil beschädigt ist, wurde für die Flüchtlinge geöffnet. Die Obdachlosen in Tokio und in anderen Städten sind ohne Nahrungsmittel. An der Küste wurden durch die das Erdbeben begleitende Sturmflut große Verderben angerichtet; Städte wurden weggeschwemmt und Inseln überflutet. Die heilige Insel Enoshima ist versunken. Alle Leuchttürme in der Bucht von Tokio sind unbrauchbar geworden; infolgedessen ist auch die Schifffahrt sehr gefährdet. Das Schicksal der Schiffe in Yokohama ist noch unbekannt. Wie aus Osaka berichtet wird, sind der Kaiser, der Prinzregent und die Kaiserin in Sicherheit. Ueber das Schicksal der ausländischen diplomatischen Vertreter und der zahlreichen Ausländer in Japan sind bisher keine Berichte eingegangen. Der König von England hat dem Kaiser von Japan drablich sein tiefes Mitgefühl ausgesprochen. Das amerikanische Flottenamt hat eine drabliche Mitteilung von dem Befehlshaber des amerikanischen Flottengeschwaders im Stillen Ozean erhalten, in der dieser mitteilt, daß er acht Zerstörer mit Lebensmitteln und Arzneien abgedandt hat.

Deutsche Beileidkundgebung.

Der Deutsche Vorkämpfer in Tokio ist beauftragt worden, anlässlich der Erdbebenkatastrophe das Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung dem Japanischen Botschafter persönlich auszusprechen; außerdem hat der Botschafter den Auftrag erhalten, der Japanischen Regierung das Beileid der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen.

Die griechisch-italienische Spannung.

Athen. Entgegen Veröffentlichungen der Albanischen Gesandtschaft im Auslande stellt die „Agence d'Athènes“ fest, daß nicht nachgewiesen sei, daß die Mitglieder der italienischen Militärmission in Korinth seien, und daß der griechische Grenzkommandant in Korinth den albanischen Präfekten davon in Kenntnis gesetzt habe, daß die Grenze wegen der in Griechenland herrschenden Anarchie geschlossen werden würde. Wahr sei vielmehr, daß albanische Banden in letzter Zeit an der griechisch-albanischen Grenze aufgetaucht seien. Die griechische Regierung habe an wiederholten Malen in Verbalnoten die Aufmerksamkeit der albanischen Regierung auf diese Tatsache gelenkt. Tatsache sei es ferner, daß der albanische Vertreter in Janina drei Tage vor der Ermordung der Mitglieder der italienischen Militärmission auf Grund eines Telegramms des albanischen Gesandten in Athen den griechischen Präfekten aufgesucht habe, um genauere Angaben über das Erbrechen der albanischen Banden und ihrer Anhänger zu erbitten. Der Präfekt überlieferte ihm darauf eine Aufzählung mit Angaben über die Stärke der Banden und ihre Führer. Diese Nachrichten, deren Wahrheitsgehalt außer Zweifel steht, genügen, um die Poliklosigkeit der verleumdlichen Behauptungen der albanischen Gesandtschaften zu beweisen.

Griechenland zum Widerstand entschlossen?

Athen. Ein ordentlicher Ministerrat, der nach Zurückweisung der griechischen Antwort durch die italienische Regierung über die weitere Haltung der griechischen Regierung beriet, beschloß, den griechischen Gesandten im Auslande Befehle zu geben, den Regierungen mitzuteilen, daß Griechenland den Streitfall dem Völkerbunde unterbreite. Wenn der Völkerbund sich aber als ohnmächtig erweise, dann werde Griechenland mit Waffen den italienischen Angriff abwehren.

Die griechische Gesandtschaft hat der deutschen Regierung wie den Regierungen der skandinavischen Staaten im Auftrag ihrer Regierung eine Note überreicht, in der die griechische Regierung ihren Aufruf an den Völkerbund bekräftigt und Protest gegen die ungerochte Stillnahme Italiens erhebt.

Die Völkerbundtagung und der Mittelmeer-Konflikt.

Genf. Der griechisch-italienische Konflikt hat alle anderen Fragen, die die vierte Versammlung des Völkerbundes beschäftigen sollten, in den Hintergrund gedrängt. Der griechische Delegierte beim Völkerbunde, Politis, erklärte, daß Griechenland es unter Umständen nicht bei einem Schritte beim Rat bewenden lasse, sondern auch an die Völkerbundtagung appellieren werde, falls der Rat ihm nicht Genugtuung gebe. Der italienische Delegierte Salandra erwartet keine Instruktionen aus Rom (speziell bis Dienstag). Inzwischen teilt die italienische Presse bereits mit, daß die italienische Regierung die Kompetenz vor den internationalen Gerichtshof im Haag bringen werde. Alles deutet darauf hin, daß Mussolini die Angelegenheit verschleppen möchte. Es komme aber auf die Einigkeit und Festigkeit des Völkerbundes an. Wie es heißt, wird die von Italien angebotene Entscheidung der Kompetenzfrage an dem englischen Widerstand scheitern.

London, 3. September. Die Blätter berichten, daß Großbritannien sich weiterhin nachdrücklich für eine Entscheidung des griechisch-italienischen Konflikts durch den Völkerbund einsetzt. Die diplomatische Berichterstattung des „Star“ schreibt, die britische Regierung werde zweifellos den Völkerbund vollumfänglich unterstützen.

Allgemeine Enttäuschung.

Athen. Die öffentliche Meinung enttäuscht sich lebhaft über den Gewaltsamkeit Italiens. Gestern abend waren alle Theater in Athen zum Zeichen der Trauer geschlossen. Der Verband der griechischen Presse richtete einen Protest an die Weltpresse. Der Aufruf für die unerlösten Griechen wandte sich mit einem Aufruf an die Regierungen und Parlamente von Europa und Amerika. Die Athener Senatskammer nahm eine Protestentscheidung an, die sich an die italienischen Wirtschaftsverbände wendete, und betont, daß durch die gegenwärtigen Ereignisse der Handelsverkehr fast völlig unterbrochen sei. Die republikanische Partei nahm eine an die freien und zivilisierten Völker gerichtete Protestresolution gegen die Gewalttat Italiens an. — Die „Agence d'Athènes“ meldet: Ein einziger Schrei des Protestes hat sich dagegen erhoben, daß Korfu vor dem Abschluß der Untersuchung besetzt und eine unverdächtige Stadt beschossen wurde. Die Blätter betonen, Italien habe vor einem Eingreifen des Völkerbundes eine vollendete Tatsache schaffen wollen und als erste Nation einen Vertrag zerreißen, von dem die zivilisierte Welt eine Beendigung der Kera der bewaffneten Konflikte erwartet hätte. Es handele sich jetzt darum, Kraft

und Wirksamkeit des Völkerbundes auf die Probe zu stellen. In wieviel selbst das Schicksal dieser Einrichtung zu entscheiden, die als Weltareopag dienen sollte.

Nach einer Havasmeldung aus Athen wird veranlaßt, die in Athen wohnenden Bewohner Korfu nach einem Trauergottesdienst für die Opfer des Bombardements Kundgebungen auf den Straßen von Athen. Als der Zug in die Nähe der italienischen Gesandtschaft kam, wurde er von der Polizei zerstreut. — Die „Agence d'Athènes“ meldet aus Athen: Nach der Trauerfeier zu Ehren der Opfer von Korfu in der Kathedrale veranstaltete heute eine große Volksmenge mit Bannern eine kirchliche Kundgebung gegen Italien. Eine italienische Fahne wurde verbrannt. Die Menge veruchte in die italienische Gesandtschaft einzudringen.

Italien lehnt die Entscheidung des Völkerbundes ab.

Rom. Die „Agence d'Athènes“ meldet, daß die italienische Regierung nach wie vor entschlossen, bei ihrem Standpunkt zu bleiben, daß der Völkerbund nicht zuständig sei, über den italienisch-griechischen Konflikt zu entscheiden, da es sich um eine Angelegenheit handle, bei der die italienische Ehre, die nationale Würde und das Leben italienischer Staatsangehöriger auf dem Spiel ständen. Es scheint indessen, daß die italienische Regierung, falls diese Auffassung im Völkerbund abgelehnt werde, sich dem nicht widersetzen würde, daß der internationale Gerichtshof im Haag mit der Prüfung der Kompetenzfrage betraut werde.

Das Echo der Reichskanzler-Rede.

Paris. In einem Leitartikel mit der Überschrift „Tiefe Atele, Bewegliche Formen“, schreibt die „Kölnische Zeitung“ zur Rede des Reichskanzlers: Damit ist eine Preisgabe des passiven Widerstandes, wie sie in der bekannten Havasmeldung angekündigt zu sein schien, nicht vereinbar. Diese Grundtatsache wird bekräftigt durch Ausführungen, die gleichzeitig mit der Rede des Reichskanzlers aus dem Munde des Innenministers gemeldet werden. Herr Solmann bezeichnet es als große Unwahrscheinlichkeit, daß die Reichsregierung gegen den Willen unserer Volksgenossen an Athen und Kuba den Abbau des passiven Widerstandes ausführen sollte. Der Innenminister ging auf das ein, was die Demurrabingung in den letzten Tagen verurteilt hat, indem er sagte: „Die Formen des passiven Widerstandes sind aber nicht fest, sondern beweglich. Sie haben sich da und dort in langem Kampfe gewandelt und werden sich weiter wandeln.“ Tatsächlich besteht, wie auch uns bekannt ist, zwischen dem besetzten Gebiet und Regierungskreisen die Ansicht, daß unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes ein gewisser Wechsel in den Formen wünschenswert erscheint. Die „Kölnische Zeitung“ schließt: Der Reichskanzler hat in seiner Stuttgarter Rede neuerdings Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Verständigung mit Frankreich angeboten. In ihren Voraussetzungen gebort, daß der Hauptkonflikt, auch von Frankreich her, in einem Geiste erledigt wird, daß diese Wendung den Anfang einer neuen Friedensära bedeutet. Von einer Friedensära könnte nicht die Rede sein, wenn Frankreich den deutschen Zusammenbruch herbeiführte, ebenso wenig aber, wenn etwa nach dem Wust der Versailles Friedensverträge eine freiwillige Liebergabe den vorläufigen Abschluß brächte.

Die Aufnahme der Kanzlerrede in Frankreich.

Die Stuttgarter Rede des Reichskanzlers Stresemann hat bisher in Paris eine verhältnismäßig günstige Aufnahme gefunden, und zwar auch in den Blättern des nationalen Blocks, die bisher jede Möglichkeit einer Verständigung abgelehnt hatten.

Der „Matin“ erklärt, daß man die verfassmliche Disposition des Reichskanzlers anerkennen müsse, daß jedoch leider diese Bereitschaft in der Frage der Reparationszahlungen, der Wänder und des Industriegebietes noch durch zahlreiche Vorbehalte eingeschränkt sei. Besonders interessant sei für Frankreich die Wendung Stresemanns über die eventuelle deutsch-französische Wirtschaftseinigung. Jedoch habe eine solche Einigung die vorherige Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zur Voraussetzung.

Der nationalistische „Matin“ gibt an, daß Stresemann so gemütht gesprochen habe, wie kein deutscher Kanzler vor ihm. Jedoch kündige der Reichskanzler bei aller Betonung seiner Bereitschaft zum Entgegenkommen noch keine sofortigen Realisationen an, die als greifbarer Beweis für seinen guten Willen gelten könnten. Die Annäherung zwischen dem deutschen und französischen Standpunkt trete deutlicher in Erscheinung als je. Frankreich täte Unrecht, die Bedeutung dieses Umstandes zu verkennen, aber es müsse zugleich beachten, daß Stresemann keine Absichten noch nicht präfigiert und z. B. die Einsetzung des passiven Widerstandes nicht angekündigt habe.